

DEUTSCHE POLITIK

Die Tschechoslowakei in der Sicht der NPD

Kurz vor und kurz nach der sowjet-russischen Invasion der Tschechoslowakei wurde das NPD-Blatt *Deutsche Nachrichten* nicht müde, das tschechische und das slowakische Volk unermüdlich im Geiste der national-sozialistischen Theorie vom Untermenschen zu schmähen. Es sei nur am Rande vermerkt, daß es eine propagandistische Achse zwischen den *Deutschen Nachrichten* einerseits und dem *Neuen Deutschland* und der *Prawda* andererseits gab.

Die NPD wollte eine Änderung der innenpolitischen Verhältnisse in der CSSR gar nicht zur Kenntnis nehmen oder als Scheinänderungen entlarven. Deshalb gebrauchten die *Deutschen Nachrichten* (DN) Begriffe wie *Reformer* und *Demokratisierung* nur im ironisch-abschätzigen Sinne und versahen sie mit den dafür notwendigen Gänsefüßchen. Der KPČ-Parteichef Dubcek wurde mit Stalinisten und

mit Ulbricht gleichgestellt. So schrieb etwa *Peter Kleist* (einst Ministerialdirigent und führender Mitarbeiter im Außenpolitischen Amt der NSDAP, SS-Sturmbannführer und mit seinem 1952 erschienenen Buch „Auch Du warst dabei“ Verfasser einer der übelsten Rechtfertigungsschriften des Dritten Reiches): „Es sollte auch nicht übersehen werden, daß *Dubček* nicht von Hause aus ein Gegner *Novotnys* ist, ein Antistalinist, der den Stalinisten ablöste. Dubcek gehört durchaus zum alten Kreis der führenden Kommunisten.“ (DN 30/68) Schlimmer kann sich wohl kaum ein Publizist bloßstellen als Kleist, der den 46jährigen Dubcek dem „alten Kreis“ zu-rechnet. Kleists Frage vom 26. Juli 1968 „Wird Moskau marschieren?“ mag man je nach Geschmack als Prophetie oder als Wunschenken betrachten (DN 30/68).

In einer Zeit, da die Weltöffentlichkeit um das Leben des großen Reformers bangte, genierten sich neonazistische Pamphletisten nicht, Dubcek einen Fußtritt zu versetzen. Es wurde von den „Genossen Dubcek und Ulbricht“ und von dem im abschätzigen Sinne zu verstehenden „Herrn Dubček“ gesprochen. (DN

35/68). *Heinrich Härtles* Beitrag zur tschechoslowakischen Frage erschöpft sich in Schlagworten wie „Dubcek büßt für Benesch“ und „Schwejk Im Solde Moskaus“ (DN 36/68). (Härtle war einst Funktionär des Amtes Rosenberg in der Reichsleitung der NSDAP und — *Fred Richards* zufolge — während der fünfziger Jahre unter dem Pseudonym „Helmut Steinberg“ kulturpolitischer Mitarbeiter der Münchener *National-Zeitung* bzw. der *Nation*, die von der Nationalen Front der DDR finanziert worden sein soll *). Diesem Starpublizisten rechtsradikaler Gazetten — wie der *Deutschen Wochenzeitung* und der *Deutschen Nachrichten* — zufolge, sind die deutschen Truppen im März 1939 „in das gleichzeitig gegründete Protektorat Böhmen und Mähren einmarschiert“ (DN 36/68).

Immer wieder wird die Tschechoslowakei mit Worten wie „Tschechei“, „Sowjet-Tschechei“ und als „Versailler Mißgeburt des tschechisch beherrschten Nationalitätenstaates“ abqualifiziert (DN 35/68 und DN 36/68). Ja, die *Deutschen Nachrichten* übernehmen sogar — im historischen Rückblick auf die Jahre 1938/39 — Hitlers Vokabel von der „Resttschechei“ anstandslos (DN 36/68).

Die Resonanz der NPD auf das brutale Vorgehen der Sowjetunion gegenüber der CSSR bestand in kleinlicher Rechthaberei und unverhohlener Schadenfreude. Der Kommentar „Maß und Möglichkeit — Tschechische Politik zwischen Wünschen und Tatsachen“ versuchte, das tschechische Volk lächerlich zu machen, ihm die Hauptschuld für die unglückliche Entwicklung zuzuschreiben (und damit sowohl *Hitler* als auch *Breschnew* zu entlasten), den zutiefst humanen und um Ausgleich zwischen den Volkstumsgegensätzen bemühten Staatsschöpfer *Masaryk* zu schmähen und schließlich die Politik des Nationalsozialismus gegenüber den Tschechen zu beschönigen:

„Es ist nicht verwunderlich, daß Soldat Schwejk das Entzücken aller Linken in Deutschland hervorrief. Kampf gegen die staatliche Autorität, Lächerlichmachen des Soldatentums, Dienstreigerung und Desertation stehen ja in diesen Kreisen seit jeher hoch im Kurs. Vor allem seit 1945 schien bewiesen, daß man auf die bequeme Art der Schwejks leichter zur nationalen Freiheit gelangen könnte als durch einen riskanten Einsatz. Die Bewunderer des Schwejk waren noch dümmer als er selbst. Durch die letzten Ereignisse in der Tschechoslowakei ist nun bewiesen, daß die Schwejks keine Politik machen, sondern daß mit ihnen Politik gemacht wird. Die vielen Deutschen, die dazu neigen, Außenpolitik gefühlsmäßig zu betrachten, sind jetzt vom Mitleid überwältigt und ergehen sich nun in Tiraden, die das Thema vom braven Soldaten Schwejk zeitgemäß variieren und auf einen neuen Nenner bringen: der arme Soldat Schwejk!

Eine sachliche Betrachtung der tschechischen Tragödie kann allerdings nicht von Gefühlen ausgehen, sondern muß sich an die Tatsachen halten und untersuchen, ob nicht die Hauptschuld für die Entwicklung bei den Tschechen selbst liegt. Als Gründer der Tschechoslowakei gilt mit Recht Thomas Masaryk, in dessen Person tschechischer Nationalismus, politisches Handeln und irrealer Wunschkonstruktionen in wunderlicher Weise vereinigt waren . . .

Als sich in den dreißiger Jahren immer deutlicher abzeichnete, daß jeder europäische Staat zwischen einer Verständigung mit dem Deutschen Reich oder der Sowjetunion zu wählen hatte, suchte die Tschechoslowakei die Anlehnung an Moskau. Entgegen den geographischen Gegebenheiten, in völliger Verkenntnis der geopolitischen Gewichte und der militärischen Lage, schloß die Tschechoslowakei am 16. Mai 1938 einen Beistandspakt mit der Sowjetunion und bezog damit eine Frontstellung gegen das Reich. . . Diese Entscheidung Prags für das kommunistische Rußland war der Ausgangspunkt für die politische Reaktion Hitlers. Sie war die Ursache. Das Abkommen von München 1938 und die Errichtung des Protektorats 1939 waren die Wirkung, die man in Prag hätte voraussehen müssen, wenn die tschechische Außenpolitik von nüchternen Überlegungen und nicht von blindem Deutschenhaß diktiert gewesen wäre.

Die Bevölkerung der Tschechoslowakei hat dann den zweiten Weltkrieg recht gut überlebt. Die Tschechen . . . verdienten gutes Geld und konnten sich im allgemeinen besser ernähren als die Bevölkerung im Reichsgebiet. . . Selbstverständlich war die Eingliederung der Tschechei in das Reich aus tschechischer Sicht ein Übel. Aber es war das kleinere Übel gegenüber der Eingliederung in den kommunistischen Machtblock. Benesch, dem jüngeren Masaryk und erst recht den tschechischen Kommunisten fehlte die Weitsicht, das größere Übel zu erkennen . . .“ (DN 35/68).

In derselben Ausgabe wurde mit fetten Lettern die Behauptung aufgestellt: „Münchener Abkommen bleibt gültig“ (DN 35/68). Es sei auch daran erinnert, daß das auf dem 3. Parteitag verabschiedete NPD-Programm proklamierte: „Der Anspruch auf das Sudetenland darf durch niemand, keine Regierung und keine Partei aufgegeben werden.“ (Das Programm der NPD, XV., 4).

Schadenfreude empfand die NPD auch gegenüber den führenden Politikern der Bundesrepublik, die mit Sympathie die Reformbestrebungen in der CSSR verfolgt hatten. Es wurde vom „Chor der Blamierten“ gesprochen (DN 35/68). Peter Kleist erdreistete sich zu dem schamlosen Angriff auf den Außenminister: „Herr Frahm-Brandt, dessen gesamte

*) Fred H. Richards, Die NPD — Alternative oder Wiederkehr?, München 1967, S. 77.

Ostpolitik mit einem Fußtritt der Sowjets umgestoßen ist..." (DN 35/68).

Zwar trifft es nicht zu, daß der sowjet-russische Einmarsch ausdrücklich von der NPD gebilligt wird. Es gab aber Kommentare in den *Deutschen Nachrichten*, die den rechtsradikalen, vorwiegend am militärischen Denken orientierten Leser zugunsten der Sowjetunion einnehmen mußten: „Der sowjetische Einmarsch in die Tschechoslowakei muß als ein Meisterstück militärischer Vorbereitungsarbeit bezeichnet werden.“ (DN 36/68).

Hitlers Aggressionspolitik gegenüber der Tschechoslowakei in den Jahren 1938/39 und die Zerschlagung dieses Staates wird gutgeheißen. Die NPD-Publizistik überschlägt sich geradezu in der Polemik gegen die Gleichsetzung Hitlers mit Breschnews Politik: „Die Gleichsetzung des Münchner Abkommens vom September 1938 mit der Liquidierung der Resttschechei im März 1939 und der Vergleich von beiden mit dem August 1968, das verschlägt schon bald die Sprache..." (DN 36/68).

Der NPD-Starpublizist Heinrich Härtle treibt folgende Geschichtsklitterung (mit gleichzeitiger Herabsetzung der tschechoslowakischen Reformpolitiker): „Die kleinen Unterschiede, daß Hitler zuerst mit *Hacha* in Berlin verhandelte und dann mit Zustimmung der Prager Minister friedensmäßig marschierte, die Sowjets dagegen zuerst kriegsmäßig mit Panzern einfielen, die Genossen Dubcek und so weiter verschleppten, um dann zu verhandeln, übersieht man im Rauschzustand" (DN 36/68).

Die Erpressung des tschechoslowakischen Präsidenten Hacha durch Hitler wird meist ebenso vertuscht wie die Tatsache, daß die Slowakei des klerikal-faschistischen Prälaten *Tiso* unter deutschem Druck zustande kam.

In der regelmäßigen Kolumne „Michel meint“ versuchen die *Deutschen Nachrichten* mit der ihnen eigenen Dialektik nachzuweisen, daß zwar einerseits Präsident Hacha seine freie Zustimmung zum Einmarsch deutscher Truppen gegeben habe, daß aber andererseits die Tschechoslowakei bis zum Einmarsch deutscher Truppen eine reale Bedrohung des deutschen Reiches darstellte:

„Immerhin war damals das tschechoslowakische Staatswesen auf Grund innenpolitischer Experimente ... nach der durch das Preßburger Parlament verkündeten Selbständigkeitsklärung der Slowakei staatsrechtlich auseinandergebrochen; erst nach diesem Vorgang hatte sich der heute viel beschimpfte Staatspräsident Hacha nach Berlin begeben, dort Hitler erklärt, er wolle das tschechische Schicksal ‚in seine Hand legen‘, sich dessen überstürzt formulierten Bedingungen gebeugt, den Protektorsvertrag geschlossen und die Einwilligung zum deutschen Truppeneinmarsch

erteilt, der sich bekanntlich ohne jeglichen Zwischenfall vollzog... bei der Heranziehung zu Gegenwartsvergleichen können zwei Tatsachen nicht hinwegdiskutiert werden ...

Erstens: die damalige ČSR hatte auch nach München ihr Bündnis mit Moskau nicht aufgekündigt, sie stellte also für die deutsche Wehrmacht ein militärisches Problem dar — wie es für die Russen heute nur der Fall wäre, wenn Prag einen Beitritt zur NATO vollzogen hätte. Und zweitens: die im März 1939 in Berlin erteilte Protektorszusicherung wurde deutscherseits eingehalten ...“ (DN 36/68).

Bei der Kommentierung der Vorgänge in der ČSSR und bei der historischen Betrachtung über die Vorgänge in den Jahren 1938/39 hat also die NPD wieder einmal ihr wahres neonazistisches Gesicht gezeigt. Es muß nur bedauert werden, daß bisher von seiten der Bundesregierung, des Bundestages und der Landesregierungen keine ernsthaften Schritte unternommen wurden, um das tapfere Volk der Tschechen und Slowaken — ebenso wie Farbige, Gastarbeiter und Juden — vor der infamen Hetze der NPD zu schützen.

Giselher Schmidt

Die erste Frankfurter Arbeiterzeitung

Kürzlich beging der Deutsche Gewerkschaftsbund seinen hundertsten Geburtstag. Schon zwanzig Jahre vorher, am 14. Mai 1848, war in Frankfurt der erste Frankfurter Arbeiter-Verein gegründet worden, der sich in der *Allgemeinen Arbeiter-Zeitung* in Frankfurt ein eigenes Organ schuf. Redigiert und geschrieben wurde diese Frankfurter Arbeiter-Zeitung von *Eduard Pelz* und *Christian Essellen*, dem ersten Vorsitzenden des Arbeiter-Vereins.

Die erste Nummer erschien am 18. Mai 1848. Die Zeitung sollte zweimal wöchentlich erscheinen, jeweils 8 Seiten in Buchformat. Die zweite Nummer erschien am 20. und die dritte am 24. Mai 1848. Am gleichen Tage — 24. Mai — wurden vom Frankfurter Polizeiamt drei Männer ausgewiesen, „die ihm als Haupthähne der Rebellion galten“. Darunter waren die beiden Redakteure Pelz und Essellen. Beide waren in den Anfangstagen der Frankfurter Revolution die geistigen Führer des Arbeiter-Vereins. Aus der 5. Nummer der Arbeiter-Zeitung ist zu ersehen, daß Pelz und Essellen in einem offenen Schreiben gegen die Ausweisung protestiert haben. Dieses Protestschreiben ist gänzlich verschollen und nicht wieder aufgetaucht.

Trotz des scharfen Polizeiwindes wurde eine vierte Nummer am 7. Juni herausgebracht, die wie auch die fünfte und letzte Nummer vom 10. Juni 1848 in Hanau gedruckt wurde. Diese fünf Nummern der ersten Frankfurter Arbeiter-Zeitung waren ebenfalls verschollen und

ganz in Vergessenheit geraten. Keine Geschichte der Frankfurter Zeitungen meldet davon. Vor etwa 45 Jahren konnte die Frankfurter Stadt- und Universitätsbibliothek eines der ganz seltenen Exemplare erwerben und in jüngster Zeit hat der Frankfurter Antiquar und Francofurtensien-Sammler *Georg Sauer* ein weiteres Exemplar erwerben können, nach dem er nun einen unveränderten Nachdruck herausgebracht hat.

Dem Nachdruck vorangestellt ist ein Artikel über die erste Frankfurter Arbeiter-Zeitung von *Max Quarck*, der 1925 aus Anlaß der Auffindung des ersten Exemplares durch die Frankfurter Stadtbibliothek in *Grünbergs Archiv für Geschichte des Sozialismus* erschienen war.

Es ist erfreulich, daß 120 Jahre nach ihrem Erscheinen dieser Neudruck an das vergessene Dokument erinnert. Die 40 Seiten dieser ersten Arbeiter-Zeitung geben einen tiefen Einblick in den frühen Sozialismus und die ersten Keimzellen gewerkschaftlicher Bewegungen. Die Bedeutung des kleinen Blattes ging weit über Frankfurt hinaus. Es trug den Titel „Allgemeine Arbeiter-Zeitung. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, zugleich Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Frankfurt a. M.“

Die erste Nummer enthält einen Bericht über die Gründungsversammlung des Arbeiter-Vereins, der ein recht eigentümliches Licht auf die Frankfurter Stadtregierung wirft. Es heißt da: „Die gesamte Militärmacht der freien Reichsstadt und die Bürgerwehr stand seit Mittag unter den Waffen. Diese herausfordernde Truppenaufstellung hatte indes keinen Erfolg, was jeder, welcher sich die Mühe genommen hat, die arbeitenden Volksklassen näher kennen zu lernen, voraussehen konnte. Die Ruhe der Versammlung war ebenso groß, wie der Ernst und die Bedeutung der Sache, welche dort verfochten wurde.“ Zu den Zielen des Arbeiter-Vereins gehörte die „Vereinigung sämtlicher Gewerke und Gewerksgenossen“ und politische Bildung im arbeitenden Volk zu verbreiten.

In seiner zweiten Versammlung am 18. Mai 1848 richtete der Arbeiter-Verein, der schon 2000 Mitglieder hatte, eine Petition an das Parlament zur Freisprechung aller politischen „Verbrecher“ in ganz Deutschland. An der dritten Versammlung des Arbeiter-Vereins am 21. Mai nahmen auch Mitglieder des Parlaments teil. In Nummer 4 der Arbeiter-Zeitung erschien ein Protest-Schreiben des Kölner Arbeiter-Vereins gegen die Ausweisung von Pelz und Essellen. Es heißt da: „... daß es dem hohen Senat der sogenannten ‚freien‘ Stadt Frankfurt gefallen hat, auf den Antrag einer Anzahl Menschen, die sich erdreisten, sich die Bürgerschaft zu nennen, unter einem ganz nichtigen Vorwand drei Männer aus Eurer

Mitte aus der Stadt zu verweisen. Das sogenannte deutsche National-Parlament ist auf den Antrag, sich dieser Ausgewiesenen anzunehmen, nicht eingegangen.“

In der fünften und letzten Nummer der Arbeiter-Zeitung erschien das politische Glaubensbekenntnis von Chr. Essellen, in dem er die aktuellen Forderungen in sechs Punkten zusammenfaßte:

1. Vollständige Reorganisation des Unterrichts auf humaner, nicht mehr religiöser Basis und Erziehung auf Staatskosten
2. Vollständige gesetzliche Gleichstellung der Arbeiter und Arbeitgeber auch in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse, Kündigungsfristen usw.
3. Festsetzung der größten Arbeitszeit und des geringsten Lohnes
4. eine Steuergesetzgebung, die die Ansammlung großer Vermögen verhindert
5. Ausdehnung der Volksbewaffnung auch auf das arbeitende Volk
6. Schutz der Arbeiter vor jeder Polizeiwillkür und Ausnahmsregel.

Wenn auch die Arbeiterbewegung von 1848 noch in heilloser Verwirrung geriet, so hat doch die erste Frankfurter Arbeiter-Zeitung richtig und politisch geschickt ein klares und proletarisch gedachtes Ziel für die beginnende soziale Bewegung aufgestellt.

Adolph Meuer